

BESSERE CHANCE AUF MEDIZINISCHE VERSORGUNG FÜR ALLE!

Antragstellerin: Juso-AG NordWest Hannover

Die Unterbezirkskonferenz der Jusos Region Hannover möge beschließen:

1. **Die Verlegung der Niederlassung eines Vertragsarztes muss deutlich erleichtert werden, damit sich die Verteilung von fachspezialisierten Praxen besser regulieren kann.**
2. **Daher fordern wir die Abschaffung von Vertragsarztsitzen in Hannover und im Umland Hannovers zur Verbesserung der Qualität medizinischer Behandlungen sowie für eine Verringerung des Anfahrt- und Zeitaufwands des Patienten.**
3. **Ferner streben wir ebenfalls eine Abschaffung der Vertragsarztsitze auf Länder- und Bundesebene an. Solch eine Regelung, von der hauptsächlich gering qualifizierte und phlegmatische Personen profitieren, darf es nicht länger geben!**

Begründung:

Vertragsarztsitze (umg. Kassenarztsitze) dienen dazu, die ärztliche Versorgung in einzelnen Regionen und Stadtbezirken zu regulieren und so Konkurrenz zwischen verschiedenen Ärzten und Therapeuten bzw. Praxen zu verhindern. Durch diese Regelung wird noch nicht selbstständigen Ärzten und Therapeuten eine Verselbstständigung verwehrt, bis einer der Vertragsärzte in den Ruhestand tritt oder seinen Vertragsarztsitz verkauft. Dies schadet der Qualität der praktizierten Medizin, da sich die Praxen wegen der begrenzten Anzahl der Vertragsarztsitze immer mit einer Mindestanzahl Patienten versorgt sehen und diese so mit geringerer Sorgfältigkeit behandeln können, als wenn das Risiko eines Patientenverlustes bestände.

Das Argument, Vertragsarztsitze dürfen nicht abgeschafft werden, weil sie für eine ausgewogenere Verteilung an Fachärzten sorgen, ist eine Bagatelle, da durch präsenete Regelungen genau dies verhindert wird: Gibt es z.B. zehn Vertragsarztsitze eines bestimmten Fachgebiets in einem Stadtbezirk, ist es egal, ob die betroffenen Vertragsärzte sich in einer einzigen Praxis oder an verschieden Orten dieses Bezirkes niederlassen.

Natürlich liegt es im Interesse fachspezialisierter Praxen, sich zu vergrößern, sodass hohe Arztkonzentrationen an einzelnen Orten und große Leerräume in den Umkreisen entstehen. Diese lassen sich wegen der begrenzten Anzahl an Sitzen aber nicht anderweitig füllen, was lange Anfahrtswege für den Großteil der Patienten verursacht. Dies zeigt eine klare Benachteiligung für Leute von geringerem Budget auf, da für diese eine längere Anfahrt eine kostspielige Angelegenheit ist. Patienten, die des Öfteren in fachärztlicher Behandlung sind, werden ebenfalls benachteiligt, da ein langer Anfahrtsweg summiert einen großen Zeitaufwand darstellt.

Diese Tatsachen sind hochgradig ungerecht entsprechen nicht dem Sinne einer sozialen Gesellschaft.

Zwar ist es einem Arzt bzw. Therapeuten nach dem VÄndG (Vertragsarztrechtsänderungsgesetz) seit 2007 bereits möglich, seinen Standort in einen anderen Bezirk zu verlegen, wenn es die Versorgung

dort verbessert, allerdings muss dies vorher sowohl vom Zulassungsausschuss des ursprünglichen, als auch vom Zulassungsausschuss des neuen Bezirks, in dem der Arzt/Therapeut seine Tätigkeit aufnehmen will sowie von der beteiligten Kassenärztlichen Vereinigung genehmigt werden. Das macht eine Verlegung des Vertragsarztsitzes weiterhin schwierig, was für einige sicherlich Grund genug dazu ist, in einer großen Praxis zu bleiben. Dazu kommt, dass diese Gesetzesänderung vielen gar nicht bewusst ist.

Mit Abschaffung der Vertragsarztsitze würde sich die Verteilung der Ärzte und Therapeuten von allein regulieren, da alle Praxen sich so an Stellen niederließen, an denen auch Nachfrage besteht.

Durch die gegenwärtigen Regelungen sind also fast alle außer gering qualifizierten und phlegmatischen Therapeuten und Ärzten benachteiligt. Das betrifft ein sehr breites Spektrum von Ärzten und Therapeuten und somit eine umso größere Zahl an Patienten.